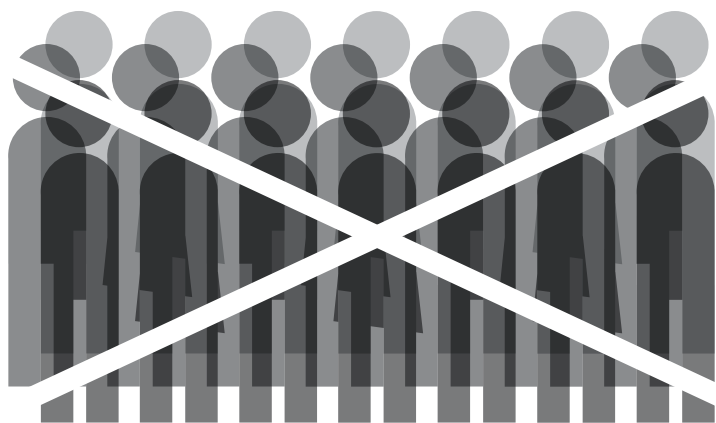


grünpol

Nr. 42 | November 2012

JA ZUR REDUKTION ÜBERFÜLLTER KLASSEN



Kleinere Klassen wirken sich auf den Lernerfolg der Schulkinder positiv aus.

Um die Schulqualität zu erhalten, braucht es wirksame Verbesserungen. Die Klassen sind zu gross, um den Ansprüchen an die Begleitung der SchülerInnen in einer heterogenen Gesellschaft gerecht zu werden. Zudem erhöhte die integrative Schulung die Anforderungen an eine gute Betreuung im Klassenzimmer.

Die Volksinitiative «Ja zur guten Schule Baselland» sieht eine Reduktion der Richt- und Höchstzahlen der Klassen vor, während der Gegenvorschlag in sehr geringem Umfang die Höchstzahlen, nicht aber die Richtzahlen reduzieren will. Gerade die Richtzahl (Zahl der SchülerInnen bei der Bildung einer Klasse) ist jedoch von grosser Bedeutung, um

einer Überfüllung der Klasse vorzubeugen.

Die GegnerInnen der Initiative führen vor allem finanzielle Argumente an. Kosten von knapp eineinhalb Millionen Franken für Kanton und Gemeinden seien zu viel. In dieser Rechnung sind jedoch die Kosten der hohen Remotionsquote nicht berücksichtigt – rund 40% der SchülerInnen auf Sekundarstufe 1 wiederholen ein Schuljahr. Dies bei jährlichen Durchschnittskosten von schätzungsweise 18'000 Franken pro SchülerIn.

Noch weit mehr als die Einsparungen durch besseren Schulerfolg sprechen jedoch deren Auswirkungen auf die Bildungskultur für die Initiative.

SchülerInnen brauchen Unterstützung durch ihre Lehrpersonen, wofür eine Reduktion der Klassengrössen absolut notwendig ist. Im Baselbiet soll eine Schulkultur Bestand haben, welche SchülerInnen fördert und nicht nur prüft.

Die Mitgliederversammlung sprach sich für die Initiative aus und empfiehlt zudem, dem Gegenvorschlag zuzustimmen - bei der Stichfrage ist der Initiative den Vorzug zu geben.

Marie-Theres Beeler, Landrätin Liestal,
Vizepräsidentin Grüne Fraktion



Marie-Theres Beeler, Landrätin Liestal,
Vizepräsidentin Grüne Fraktion

Bienensterben als Alarmsignal

Es ist nicht nur die Varroamilbe, die den Bienen in unserem Kanton zusetzt. Massive Auswirkung auf das Bienensterben hat der Einsatz von Insektiziden einer intensiven Landwirtschaft, wie diesen Sommer auf dem Bruderholz. Zwölf Imker verloren wegen eines Herbizides einen Drittel ihrer Bienen. Ein in der Schweiz und der EU zugelassenes Gift namens «Karate Zeon» wurde in einem Zeitraum ausgebracht, in dem dies aufgrund des Bienenflugs unterlassen werden sollte. Leider las der Anwender die Packungsbeilage nicht richtig. Die Regierung unseres Kantons interpretiert diese Geschichte als einmaligen Unfall und hofft, dass sich das nicht wiederholt. Wirklich zielführend wäre jedoch ein Verbot der Anwendung von Substanzen in der Landwirtschaft, die einen solchen «Unfall» überhaupt ermöglichen.

Der Regierungsrat befürwortet zwar ein Verbot, will sich aber nicht dafür einsetzen. Maya Graf reichte im Nationalrat eine Motion ein, um dies zu fordern. Noch ist sie im Parlament nicht behandelt, der Bundesrat bezog aber bereits ablehnend dagegen Stellung. Politisches Einsehen tut Not, dass es nicht nur um die Bienen geht, sondern um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Bienen sind nicht nur wichtig für die Biodiversität sondern sind auch ein wichtiger landwirtschaftlicher Faktor: Sie sind für rund Zweidrittel der Befruchtungen zuständig.

Ja zur Optimierung der Schulkindbetreuung

Die Aufgabenbereiche der Klassenlehrpersonen auf Primar- und Sekundarstufe 1 nahmen in den letzten Jahren zu. Mit HarmoS und mit der Einführung der integrativen Schulung kommen in den nächsten Jahren weitere neue Bereiche hinzu.

Die nichtformulierte Initiative «Betreuung von Schulkindern optimieren» verlangt eine Reduktion der Pflichtenstundenzahl der Klassenlehrkräfte auf der Primar- und Sekundarstufe 1 von heute 26 Lektionen auf 25. Die frei werdende Zeit soll für die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler ausserhalb des regulären Unterrichts eingesetzt werden. Die Forderung der Initiative ist gerechtfertigt und zeitgemäss. Insbesondere leistungsschwächere

Kinder profitieren vom Angebot und erhalten damit eine angemessene Begleitung. Ihre Erfolgchancen steigen, die Heterogenität in einer Schulklasse wird vermindert und die Bildungsqualität kann längerfristig erhöht werden.

Florence Brenzikofer,
Präsidentin Grüne Baselland

Ja zu «Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen»

Im Mai 2011 wurde die nichtformulierte Volksinitiative nach kurzer Sammelzeit mit knapp 7000 gültigen Unterschriften eingereicht.

Bei den aktuellen Einteilungen ist neben dem Standort auch der Sekundarschulkreis massgebend. SchülerInnen können also auch weiter als in die nächstgelegene Schule verschoben werden. Dies ist nicht für alle SchülerInnen ein Problem. Je nach Wohnort, Familiensituation und ÖV-Anbindung können die Nachteile aber erheblich sein. Mehrkosten müssen die Eltern übernehmen. Diese Ungleichbehandlung wird von vielen Eltern nicht mehr akzeptiert. Mit der Initiative können Verschiebungen trotzdem vorgenommen werden, die Zuteilung erfolgt aber

fairer. In der Regel wird die nächstgelegene Schule besucht. Ausnahmen sind erlaubt, wenn entweder die Erziehungsberechtigten zustimmen oder eine Verschiebung aus disziplinarischen Gründen unumgänglich ist.

Beatrice Büschlen, Bildungsrätin

3 x Ja zu den Bildungsinitiativen, denn Sparen bei der Bildung wird teuer

Die Schweiz besitzt weder Ölquellen noch Diamantminen. Die wichtigste Ressource sind nicht Bodenschätze, sondern die Bildung. Davon profitieren Wirtschaft und Gewerbe in hohem Mass. Der internationale Wettbewerb ist härter geworden und damit auch die Anforderungen an die Schulkinder, die immer mehr in immer kürzerer Zeit bewältigen müssen.

Gleichzeitig ist die Heterogenität in den einzelnen Schulklassen grösser geworden: Leistungsstarke SchülerInnen sind unterfordert, leistungsschwächere überfordert. Beides führt zu Demotivation und Schulversagen. Gemäss Bildungsbericht 2011 müssen 39% der SchülerInnen im Laufe ihrer Karriere mindestens

einmal ein Schuljahr wiederholen. Dies verursacht nicht nur viel Leid, sondern auch enorme Kosten. Schaffen die Jugendlichen den Wechsel in die Berufswelt nicht, werden arbeitslos oder gar zum Sozialfall, so wird es richtig teuer. Die Bildungsinitiativen verbessern unser Bildungssystem signifikant und damit auch die Erfolgchancen unserer Kinder.

Wer Bildungsabbau betreibt, um überrissene Grossprojekte zu finanzieren und Steuern für Reiche und Unternehmen zu senken, verschiebt die Probleme auf die folgenden Generationen. Sparen in der Bildung können wir uns nicht leisten.

Jürg Wiedemann, Landrat Birsfelden

Ja zur Revision des Tierseuchengesetzes

Die Revision des Tierseuchengesetzes wurde weder von der Grünen Fraktion noch von anderen Fraktionen in der Parlamentsberatung im Grundsatz bestritten und einstimmig verabschiedet.

Die Revision des Tierseuchengesetzes ist notwendig, da es aus den Sechzigerjahren stammt und den gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen nicht mehr Rechnung trägt.

So stellen sich bei der Nutztierhaltung Herausforderungen mit neuen Krankheiten infolge des Klimawandels. Die Tiergesundheitsstrategie Schweiz 2010 plus ist daher zu unterstützen, wie auch das Ziel des Tierseuchengesetzes, eine zeitgemässe und wirksame Prävention

von Tierseuchen umzusetzen.

Die grüne Fraktion zeigte sich bei der Debatte sehr froh darüber, dass in diesem Gesetz keine Erweiterung der bundesrätlichen Kompetenzen in Richtung Impfzwang vorgesehen ist. Positiv ist auch die einheitliche Finanzierung durch den Bund und das Verbot von Hausierhandel mit Tieren.

Maya Graf, Nationalrätin

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Zwangsverschoben?

Bringt mehr Geld bessere Bildung? Dann müssten wir top sein. Noch nie haben wir so viel Geld in die Bildung investiert. Ein Drittel des Kantonsbudgets und in den Gemeinden teils praktisch die gesamten Eigeneinnahmen werden dafür aufgewendet. Von Bildungsabbau zu sprechen, mag populär sein, ist aber unrichtig. Braucht es also die drei Bildungsinitiativen, die uns mehr Qualität versprechen? Tatsächlich dürfen wir zu Recht von der guten Schule Baselland sprechen. Die Initiative «überfüllte Klassen reduzieren» suggeriert unhaltbare Verhältnisse an unseren Schulen. In Wahrheit liegen die heutigen Klassendurchschnittsgrössen bereits bei den Richtwerten der Initiative oder gar tiefer.

Gar nichts mit Qualität hat die Initiative «Stopp den Zwangsverschiebungen» zu tun. Sie würde sogar den Erhalt der heutigen Sekundarschulstandorte gefährden. Der Wechsel des Schulstandorts auf Sekundarstufe hat in unserem Kanton vielerorts schon lange Tradition, von Unzumutbarkeit zu sprechen ist nicht nachvollziehbar. Auch ich wurde einst «zwangsverschoben», gar nicht zu meinem Schaden.

In Bildung und Qualitätsverbesserung zu investieren ist richtig. Dazu braucht es aber nicht noch mehr Millionen.

Vielseitiger Einblick ins Bundeshaus



Antonio Hodgers, Fraktionspräsident Grüne und Maya Graf, 1. Vizepräsidentin des Nationalrats.

Der Einladung der Grünen Baselland für einen Besuch nach Bern ins Bundeshaus folgten am 17. September rund 40 Mitglieder und SympathisantInnen. Für die meisten war es der erste Besuch im Bundeshaus, wo jedoch viele auf aus den Medien bekannte Gesichter stiessen wie etwa Ueli Leuenberger (e. Parteipräsident Grüne Schweiz).

Gleich zu Beginn der dreistündigen Veranstaltung erwartete die Gäste eine schöne Überraschung: Da der Präsident des Nationalrats abwesend war, leitete die erste Vizepräsidentin – Maya Graf – die Verhandlungen des Nationalrats. Die Grünen Baselland kamen so in den Genuss eines live-Einsatzes ihrer Nationalrätin als «höchste Schweizerin». Dies war ein kleiner Vorgeschmack auf den 26. November: Dann steht die Wahl von Maya Graf zur Nationalratspräsidentin

Referendum: Nein zur Asylgesetzrevision

Die Grünen unterstützen das Referendum gegen die dringlichen Massnahmen im Rahmen der Revision des Asylgesetzes, das von den Jungen Grünen gemeinsam mit anderen Organisationen lanciert wurde. Die Grünen lehnen insbesondere ab, dass auf Schweizer Botschaften im Ausland keine Asylgesuche mehr eingereicht werden dürfen und dass Desertion als Asylgrund ausgeschlossen wird. Bitte die beiliegende Unterschriftenkarte ausfüllen und sofort einsenden. Danke!

auf der Traktandenliste (s. Agenda). Nach einer Führung durch die Kuppelhalle folgte ein Gespräch mit Antonio Hodgers, Fraktionspräsident der Grünen und Maya Graf. Sie gaben Auskunft auf die zahlreichen Fragen zum Ratsbetrieb wie etwa zur Verständigung der ParlamentarierInnen untereinander (in der Regel in der Muttersprache, d.h. auf Französisch oder Deutsch).

Anschliessend wurden die Gäste zu einem Apéro in der Galerie des Alpes eingeladen, wo sie von den beiden Parteipräsidentinnen der Grünen Schweiz, Regula Rytz und Adèle Thorens und den Grünen Fraktionsmitgliedern begrüsst wurden. Sie freuten sich über den zahlreichen Besuch aus dem Baselbiet.

Abstimmungsparolen 25. November 2012

Kantonale Vorlagen

JA zur formulierten Gesetzesinitiative «Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren» und
JA zum Gegenvorschlag – bei der **Stichfrage die Initiative ankreuzen.**

JA zur nichtformulierten Volksinitiative «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren».

JA zur nichtformulierten Volksinitiative «Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen».

Eidgenössische Vorlage

JA zur Änderung des Tierseuchengesetzes.

Agenda

26. November

Wahl von Maya Graf zur Nationalratspräsidentin 2013

Maya Graf wird die erste Vertreterin der Grünen und die erste Basellbieterin im Amt der «höchsten Schweizerin» sein

28. November

Feier zu Ehren von Maya Graf, Nationalratspräsidentin 2013

Programm:

13.50 Uhr Ankunft in Laufen;
Umzug zum Rathausplatz

15.16 Uhr Ankunft in Basel;
Empfang auf dem
Meret Oppenheim-Platz

16.50 Uhr Ankunft in Liestal;
Empfang auf dem
Emma Herwegh-Platz

17.58 Uhr Ankunft in Sissach;
Empfang in der Begegnungszone und Bevölkerungsapéro

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel

Redaktion: info@gruene-bl.ch

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch)
oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer
Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.